



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Köln

13
G 1294

Amtsblatt-Abo online
Info unter
<http://www.boehm.de/amsblatt>

Herausgeber: Bezirksregierung Köln

198. Jahrgang

Köln, 15. Januar 2018

Nummer 2

Inhaltsangabe:

B	Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung	C	Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen	
19.	Öffentliche Auslegung der Planunterlage der 27. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Region Köln – Darstellung eines Regionalen Grünzuges Parkstadt Süd, Stadt Köln – Seite 14	23.	Aufgebot eines Sparkassenbuches h i e r : Kreissparkasse Euskirchen	Seite 16
20.	Bekanntmachung gem. § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) über das Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung nach § 7 Abs. 1 UVPG zum Antrag der Rurtalbahn GmbH (RTB) für den Neubau des Haltepunktes An den Aspen in Jüllich Seite 15	24.	Aufgebot von Sparkassenbüchern h i e r : Sparkasse Aachen	Seite 17
21.	Bekanntmachung nach UVPG h i e r : Stadtwerke Hürth AöR – Grundwasserförderung zur Trinkwasserverwendung Seite 15	25.	Kraftloserklärung von Sparkassenbüchern h i e r : Sparkasse Aachen	Seite 17
22.	Denkmalschutz h i e r : Unterschutzstellung von Landes- und Bundesbauten Seite 16	26.	Kraftloserklärung eines Sparkassenbuches h i e r : Stadtparkasse Wermelskirchen	Seite 17
		E	Sonstiges	
		27.	Liquidation h i e r : Has Ilyas e.V.	Seite 17
		28.	Liquidation h i e r : „Arbeitskreis Theologie und Katechese e.V.“	Seite 17
		29.	Liquidation h i e r : Energiegemeinschaft Düren e.V.	Seite 17

Hinweis

Dieser Ausgabe liegt kein Öffentlicher Anzeiger bei.

B Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

19. Öffentliche Auslegung der Planunterlage der 27. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Region Köln – Darstellung eines Regionalen Grünguges Parkstadt Süd, Stadt Köln –

Bezirksregierung Köln
Az. 32/61.6.2-2.11-27

Köln, den 20. Dezember 2017

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Köln hat in seiner 15. Sitzung am 15. Dezember 2017 den Entwurf der 27. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Region Köln, zur Anhörung und öffentlichen Auslegung beschlossen.

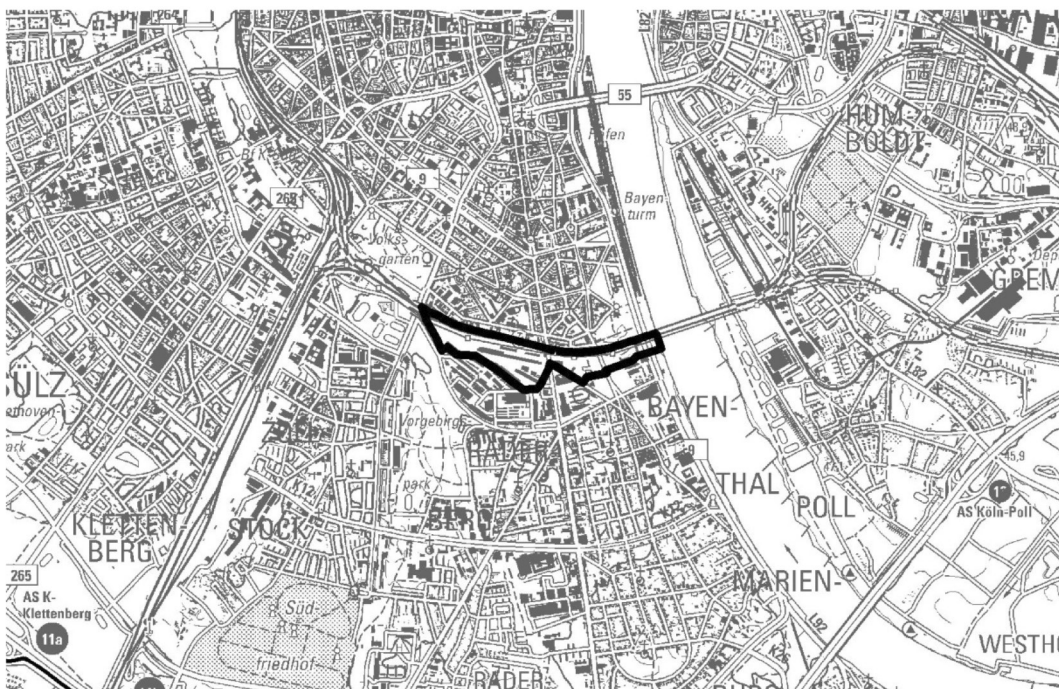
Anlass der Planänderung ist die Absicht der Stadt Köln, einen bisher überwiegend gewerblich genutzten Bereich mit Leerständen, Minder- und Fehlnutzungen als südliche Innenstadtentwicklung städtebaulich neu zu ordnen. Neben der Entstehung eines gemischten Stadtviertels mit Wohnungen, Büros und Gewerbeflächen ist die Vervollständigung des Inneren Grüngürtels bis zum Rhein Ziel der Planung.

Der gültige Regionalplan stellt zurzeit für die Vorhabenfläche Allgemeinen Siedlungsbereich (11 Hektar) und Schienenweg sowie Betriebsfläche für den großräumigen Verkehr (Bahnfläche, 14 Hektar) dar.

Zukünftig soll im Regionalplan ein ca. 25 Hektar großer Regionaler Grüngzug, unterlegt mit Wald dargestellt werden. Eine Teilfläche der ehemaligen Bahnfläche von 2 Hektar soll zukünftig als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt werden.

Lage des Änderungsbereiches

Bereich der 27. Planänderung auf dem Gebiet der Stadt Köln



Land NRW (2017) Datenlizenz Deutschland – Namensnennung – Version 2.0 (www.govdata.de/dl-de/by-2-0) Maßstab 1:50.000

Gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) i. V. m. § 13 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) ist der Öffentlichkeit sowie den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen Gelegenheit zu geben, zu der Planunterlage (Planentwurf, Planbegründung und Umweltbericht) Stellung zu nehmen. Die Planunterlagen der 27. Änderung, liegen hierzu in der Zeit vom

5. Februar 2018 bis einschließlich 13. April 2018

an folgenden Stellen zu folgenden Zeiten zur Einsichtnahme durch jedermann aus;

- a) Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2–10, 50606 Köln, Dezernat 32/Regionalplanung (telefonische Anmeldung unter 0221/147-2351 oder -3516) Mon-

tag bis Donnerstag 9:00 Uhr bis 11:30 Uhr, 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr, Freitag 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr und

- b) Stadt Köln, Stadtplanungsamt / Stadthaus West, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln (Herr Strauch), (telefonische Anmeldung unter Telefon 0221/221-23556), Montag, Mittwoch, Donnerstag 9:00 Uhr bis 12:30 Uhr, 13:30 Uhr bis 16:00 Uhr, Dienstag 9:00 Uhr bis 12:30 Uhr, 13:30 Uhr bis 18:00 Uhr, Freitag 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Zusätzlich können die Unterlagen auf den Internetseiten der Bezirksregierung Köln eingesehen bzw. herunter geladen werden: http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/verfahren/32_regionalplanungsverfahren/index.html

Sowohl die Regionalplanungsbehörde als auch die im Rahmen des Screenings beteiligten Behörden und Stellen kommen zu dem Ergebnis, dass eine Umweltprüfung im Rahmen des vorliegenden Regionalplanänderungsverfahrens nicht erforderlich ist.

Stellungnahmen zur beabsichtigten Planänderung können innerhalb der Auslegungsfrist

- vorzugsweise elektronisch über die Internetplattform 'Beteiligung-Online', http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/verfahren/32_regionalplanungsverfahren/index.html oder direkt über https://www.beteiligung-online.nrw.de/bo_koeln_27_aenderung/start.php nach einer Anmeldung im Programm
- per E-Mail regionalplanung@brk.nrw.de
- per Post an die Bezirksregierung Köln, Dezernat 32, Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln
- oder zur Niederschrift bei der Bezirksregierung Köln bzw. der Stadt Köln

vorgebracht werden.

Nach Ablauf der Frist sind alle Stellungnahmen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Stellungnahmen können darüber hinaus nur berücksichtigt werden, wenn sie den vollständigen Namen und die Anschrift in lesbarer Form enthalten, fristgerecht eingehen und von der Verfasserin / dem Verfasser unterschrieben sind.

Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt nicht. Die fristgerecht eingegangenen Stellungnahmen werden im weiteren Verfahren in die Abwägung durch den Regionalrat einbezogen.

Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen und Abgabe von Stellungnahmen entstehende Kosten werden nicht erstattet.

Köln, den 20. Dezember 2017

Im Auftrag
gez. S c h m e l z

ABl. Reg. K 2018, S. 14

20. Bekanntmachung gem. § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) über das Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung nach § 7 Abs. 1 UVPG zum Antrag der Rurtalbahn GmbH (RTB) für den Neubau des Haltepunktes An den Aspen in Jülich

Die RTB GmbH hat am 25. Oktober 2017 einen Antrag auf Durchführung eines Plangenehmigungsverfahrens für die o. a. Maßnahme gestellt. Rechtsgrundlage ist § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG)

Nach §§ 5 Abs. 1 und 7 Abs. 1 UVPG i. V. m. Anlage 1 Ziffer 14.8 zum UVPG sowie Anlage 3 UVPG ist von mir eine überschlägige Prüfung durchzuführen, ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann.

Diese Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung entbehrlich ist.

Gründe:

Die Vorhabenträgerin beantragt den Neubau des o. a. Haltepunktes in Jülich. Dabei soll ein Seitenbahnsteig mit einer Länge von 85,0 m errichtet werden. Das Vorhaben liegt an der Strecke Jülich – Linnich in Ortsrandlage. In der Nähe befindet sich ein Schulzentrum, das durch den neuen Haltepunkt angebunden werden soll.

Neben der Inanspruchnahme von einzelnen Gebäuden werden auch Teile eines Feldweges bebaut.

Zusätzliche Auswirkungen durch Schallimmissionen finden nicht statt. Die Eisenbahnstrecke existiert bereits. Die artenschutzrechtliche Betrachtung führt zu keinen Beeinträchtigungen. Der Flächenverbrauch ist gering. Nennenswerte Beeinträchtigungen auf weitere Schutzgüter finden nicht statt.

Ich weise darauf hin, dass diese Feststellung nach § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar ist.

Im Auftrag
gez. R a l f W a r t b e r g

ABl. Reg. K 2018, S. 15

**21. Bekanntmachung nach UVPG
h i e r : S t a d t w e r k e H ü r t h A ö R –
Grundwasserförderung zur Trinkwasser Verwendung**

Einzelfallprüfung nach § 7 in Verbindung mit Nr. 13.3.2 der Anlage I und Anlage III des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 24. Februar 2010, geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Modernisierung des Rechts zur Umweltverträglichkeitsprüfung vom 20. Juli 2017 in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 2017 (BGBl. Jahrgang 2017 Teil I, Nr. 52, S. 2808 ff.) im Wasserrechtsverfahren der Stadtwerke Hürth AöR – Grundwasserförderung zur Trinkwasser Verwendung

Bezirksregierung Köln
54.1-1.1- (3.7)-3

Köln, den 2. Januar 2018

Die Stadtwerke Hürth AöR, Friedrich-Ebert-Straße 40, 50354 Hürth plant die Stellung eines neuen Wasserrechtsantrages für die am

31. Dezember 2018

auslaufende wasserrechtliche Bewilligung zur Fortführung ihrer Grundwasserförderung in einer Menge von maximal 4 900 000 m³/a mittels sieben bestehender Tiefbrunnen auf den Grundstücken Gemarkung Efferen, Flur 6, Flurstücke 148, 72 und 13 zum Zwecke der öffentlichen Wasserversorgung.

Nach § 7 in Verbindung mit Nr. 13.3.2. der Anlage 1 UVPG ist für eine Grundwasserförderung in einer jährlichen Menge von 100 000 m³ bis weniger als 10 Mio. m³

eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen. Dabei ist aufgrund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage III des UVPG aufgeführten Kriterien zu untersuchen, ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt haben kann.

Die Prüfung hat ergeben, dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist. Durch das beantragte Vorhaben kommt es nicht zu erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen, da das Dargebot ausreichend ist und die Förderung im zweiten Grundwasserstockwerk in 60–70 m Tiefe stattfindet. Die geplante Antragsmenge entspricht der bisher im Bewilligungsbescheid zugelassenen maximalen Fördermenge. Im Absenkungstrichter befinden sich darüber hinaus zwischen dem ersten und zweiten Grundwasserleiter wasserundurchlässige Bodenschichten. Durch diese durchgehend vorhandenen Schichten in diesem Bereich ist eine Auswirkung der Förderung im zweiten Stockwerk auf das erste Stockwerk ausgeschlossen. Eine Absenkung des Grundwasserspiegels im ersten Grundwasserstockwerk durch die Förderung in 60–70 m Tiefe ist daher nicht gegeben. Weiterhin handelt es sich um die Fortsetzung einer Grundwasserförderung. Neue Anlagen sind nicht geplant. Bodensetzungen sind daher nicht zu erwarten. Auswirkungen auf die Pflanzenwelt und sonstige Schutzgüter usw. sind aufgrund der fehlenden Auswirkung auf das erste Grundwasserstockwerk durch diese Förderung sowie deren Fortführung im bisherigen Genehmigungsumfang ebenfalls nicht zu erwarten. Gemäß § 5 Abs. 2 UVPG wird diese Feststellung hiermit bekannt gemacht und ist nach § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
gez. **V e s p e r**

ABl. Reg. K 2018, S. 15

22. **Denkmalschutz** **h i e r : U n t e r s c h u t z s t e l l u n g v o n** **Landes- und Bundesbauten**

Bezirksregierung Köln
Az. 35.4.16-02.91

Köln, den 8. Januar 2018

Ich habe die Stadt Bonn veranlasst, folgendes Baudenkmal in die Denkmalliste einzutragen:

Objekt: Baudenkmal Rheinauenpark, Stadt Bonn, Gemarkung Beuel, Flur 67, Flurstücke 18, 35, 47, 50, 53, 54, 55, 57, 64, 65, 66, 82, 83, 88, 102, 103, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 148, 158, 159, 165, 195, 199, 200, 201, 202, 207, 208, 215, 219, 222, 223, 229, 231, 233, Flur 68, Flurstücke 103, 108, 110, 185, 186, 218, 226, 227, 228, 232, 259, 260, 261, 267, 268, 283, 284, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 385, Flur 69, Flurstück 12, Flur 70, Flurstücke 7, 9, 11, 12, 104, 219, 271, 353, 365, 366, 474, 475, Flur 71, Flurstück 27, 28, 29, 30, 112, 338, 339, 340, 341, 342, 343,

Gemarkung Bonn, Flur 27, Flurstücke 624, 625,

Gemarkung Dottendorf, Flur 1, Flurstücke 829, 851, 864, 865, 866, 1001,

Gemarkung Friesdorf, Flur 1, Flurstücke 666, 667, 668, 682, 695, 726, 817, 818, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 847, 848, 850, 851,

Gemarkung Kessenich, Flur 1, Flurstücke 86, 87, 135, 347, 713/146, 743, 748, 760, 861, 862, 880, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 954, 961, 962, 963, 989, 998, 999, 1000, 1004, 1005, 1020, 1027, 1030, 1031, 1094, 1095, 1105, 1106, 1107, 1108, 1109, 1110, 1111, 1112, 1113, 1114, 1115, 1116, 1117, 1147, 1148, 1149, 1150, 1151, Flur 18, Flurstücke 7, 8, 9,

Gemarkung Oberkassel, Flur 12, Flurstücke 160, 174, 175, 176, 177, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 202, 312, 313, 314, 315, 477, 479, 500, 501, Flur 17, Flurstücke 1, 6, 9, 307, 308, 309, 310, 311, 312,

Gemarkung Plittersdorf, Flur 1, Flurstücke 17, 19, 20, 27, 148, 194, 197, 212, 214, 216, 217, 222, 228, 229, 230, 236, 237, 238, 239, 240, 243, 245, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 271, 272, 273, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, Flur 2, Flurstücke 208, 257, 336, 337, 338, 339, 341, 342, 346, 352, 354, 355, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 369, 371, 396, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 420, 421, 422, 424, 425, 426, 434, Flur 3, Flurstücke 151, 171, 172, 183, 184, 193, Flur 4, Flurstücke 16, 19, 59, 61, 128, 129, 130, 131, 132, 135, 149, 166, Flur 14, Flurstücke 12, 13.

Die Eintragung erfolgte bei der Stadt Bonn am 21. Dezember 2017 unter der lfd. Nr. A 4153.

Im Auftrag
gez. **S c h m i t z**

ABl. Reg. K 2018, S. 16

C **Rechtsvorschriften und** **Bekanntmachungen anderer Behörden** **und Dienststellen**

23. **Aufgebot eines Sparkassenbuches** **h i e r : K r e i s s p a r k a s s e E u s k i r c h e n**

Das Sparkassenbuch mit der Kontonummer 3221551504 ausgestellt von der Kreissparkasse Euskirchen, ist abhanden gekommen.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten seine Rechte unter Vorlage der Urkunde bei der Kreissparkasse Euskirchen, Von-Siemens-Straße 8, 53879 Euskirchen, anzumelden, da andernfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Euskirchen, den 4. Januar 2018

Kreissparkasse Euskirchen
Der Vorstand

ABl. Reg. K 2018, S. 16

**24. Aufgebot von Sparkassenbüchern
h i e r : Sparkasse Aachen**

Zum Zwecke der Kraftloserklärung werden die abhand-
den gekommenen Sparkassenbücher der Sparkasse Aa-
chen zu folgenden Konten aufgeboden: Kontonummer:
3073865655, 334121043, 324139757, 322157280.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, seine
Rechte unter Vorlage des Sparkassenbuches bis zum

28. März 2018

beim Vorstand der Sparkasse Aachen, Friedrich-Wilhelm-
Platz 1–4, 52062 Aachen, anzumelden, da andernfalls das
Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Aachen, den 28. Dezember 2017

Sparkasse Aachen
Der Vorstand

ABl. Reg. K 2018, S. 17

**25. Kraftloserklärung von Sparkassenbüchern
h i e r : Sparkasse Aachen**

Gemäß AVV zum Sparkassengesetz NRW werden
hiermit die Sparkassenbücher der Sparkasse Aachen zu
folgenden Konten für kraftlos erklärt: Kontonummer:
380155531, 3072326378, 3072734613.

Aachen, den 5. Januar 2018

Sparkasse Aachen
Der Vorstand

ABl. Reg. K 2018, S. 17

**26. Kraftloserklärung eines Sparkassenbuches
h i e r : Stadtparkasse Wermelskirchen**

Gemäß Zweiter Teil, Abschnitt 6 der Allgemeinen Ver-
waltungsvorschriften – AVV – zum Sparkassengesetz wer-
den die Sparkassenbücher der Stadtparkasse Wermels-
kirchen mit den Kontonummern 381505130, 381531235,
381516566 hiermit für kraftlos erklärt.

Wermelskirchen, den 27. Dezember 2017

Stadtparkasse Wermelskirchen
Der Vorstand

ABl. Reg. K 2018, S. 17

E Sonstiges

**27. Liquidation
h i e r : Has Ilyas e.V.**

Der im Vereinsregister des Amtsgerichts Aachen un-
ter VR 5609 eingetragene Has Ilyas e.V. ist aufgelöst.
Die Gläubiger des Vereins werden zur Anmeldung ihrer
Ansprüche aufgefordert.

Der Liquidator

ABl. Reg. K 2018, S. 17

**28. Liquidation
h i e r : „Arbeitskreis Theologie und Katechese e.V.“**

Als Liquidator des Vereins „Arbeitskreis Theologie
und Katechese e.V.“ mit Sitz in 40764 Langenfeld (VR
10359 AG Köln) gebe ich die Auflösung des Vereins be-
kannt und ersuche etwaige Gläubiger, Ansprüche bei mir
anzumelden: Dorothea Mendrok, Seidenweberstraße 3,
40764 Langenfeld.

Der Liquidator

ABl. Reg. K 2018, S. 17

**29. Liquidation
h i e r : Energiegemeinschaft Düren e.V.**

Energiegemeinschaft Düren e.V. mit Sitz in Düren
(eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Düren
unter VR 1980). Durch Beschluss der Mitgliederver-
sammlung vom 12. Juli 2017 wurde die Auflösung des
Vereins mit Wirkung auf den Ablauf des 31. Dezember
2017 beschlossen.

Die Gläubiger des Vereins werden aufgefordert, ihre
Ansprüche bei den Liquidatoren, nämlich

- a) Frau Marion Wirtz, Stockweg 10, 52372 Kreuzau,
- b) Herrn René Zander, Am Museum 1 A,
53894 Mechernich-Kommern,

schriftlich anzumelden.

Die Liquidatoren

ABl. Reg. K 2018, S. 17



Einzelpreis dieser Nummer 0,16 €

Einrückungsgebühren für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum 1,00 €.
Bezugspreis mit Öffentlichem Anzeiger halbjährlich 9,- €.

Bestellungen von Einzelexemplaren werden mit 3,50 € berechnet.

Abbestellungen müssen bis zum 30. 04. bzw. 31. 10. eines jeden Jahres bei der Firma Böhm Mediendienst GmbH vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von 4 Wochen
nach Erscheinen anerkannt.

Bezug und Einzellieferungen durch Böhm Mediendienst GmbH, Hansaring 10, 50670 Köln, Telefon (02 21) 9 22 92 63-0,
eMail: info@boehm.de, www.boehm.de/amtsblatt.
Die Anschriften der Bezieher werden EDV-mäßig erfasst.

Redaktionsschluss: Montag, 12 Uhr.

Herausgeber und Verleger: Bezirksregierung Köln, Postfach 10 15 48, 50606 Köln.
Produktion: Böhm Mediendienst GmbH, Hansaring 10, 50670 Köln, Telefon (02 21) 9 22 92 63-0.